

Journalismus mit Haltung

60 Jahre Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union – 10 Jahre dju in ver.di

Mit einem Festakt beging die Deutsche Journalistinnen- und Journalisten-Union am Abend des 25. Februar im Berliner ver.di-Haus ihr 60jähriges Bestehen. Das Jubiläum biete die Chance auf kritische Selbstreflexion ohne den Blick zu verstellen auf das Geleistete, begrüßte der dju-Vorsitzender **Ulrich Janßen** die Delegierten der vorangegangenen Bundeskonferenz und viele Gäste wie IFJ-Generalsekretär Aidan White, den langjährigen dju-Vorsitzenden Eckart Spoo, Vertreter des DJV, des Deutschen Presserats und der Presseversorgung. Die Journalisten seien bewusst in derselben Gewerkschaft – in der IG Medien, jetzt in ver.di - wie die Drucker, Kaufleute aus den Verlagen und Sendern, die Sekretärinnen und die Kraftfahrer, die IT-Spezialisten und das Kantinenpersonal. Es gelte, diese Kraft in der aktuellen Tarifauseinandersetzung sowohl in den Verlagen, Redaktionen als auch in der Druckindustrie zu entfalten. Umso mehr da die Arbeitgeber derzeit einen "Rückbau der Tarife" in allen Bereichen anstreben. Dagegen müsse jetzt flächendeckend aufgestanden werden, appellierte Janßen an alle Verdianer.

"Die Bürgerinnen und Bürger durch Aufklärung und Gedankenaustausch geistig am politischen Geschehen zu interessieren und zu mobilisieren ist eine der Leistungen der Journalistinnen und Journalisten", so **Professor Dr. Jutta Limbach** in ihrem Vortrag zur "Rolle der Journalisten in einer demokratischen Gesellschaft. Zum Verhältnis von Öffentlichkeit, Demokratie, Medien und Politik". Vom Bundesverfassungsgericht werde diese Tätigkeit, die durch die Meinungs- und Pressefreiheit garantiert sei, als konstituierendes Element einer freiheitlichen Demokratie erachtet. Die so beschriebene öffentliche Aufgabe des Journalismus finde sich bereits im KPD-Urteil von 1956 und im Spiegel-Urteil von 1966. Immer wieder habe das Bundesverfassungsgericht in seiner jahrzehntelangen Rechtsprechung aber auch das individuelle Abwehrrecht von Journalisten gegenüber staatlichen Eingriffen - seien es Einflussversuche, die den Inhalt betreffen oder die Beschlagnahme von Dokumenten auf der Suche nach Informanten - hervorgehoben. Damit sei ein idealer Zustand beschrieben, betonte Limbach. Die Realität einer freiheitlichen Demokratie setze "die Wissbegier, die unbeirrte Wahrheitssuche und kritische Berichterstattung unerschrockener Journalisten voraus." Von Politikern und Inhabern öffentlicher Ämter erwarte die Professorin, "Kritikverträglichkeit als erste Tugend". Sie müssten Kritik auch aushalten, selbst dann wenn sie "hart oder sogar unsachlich und ignorant sei" sei. Gleichwohl habe auch die Pressefreiheit ihre Grenzen - etwa im Bereich der persönlichen Ehre. "Bleiben sie unerschrocken und leidenschaftlich zugleich. Vergessen sie nie: Sie tragen eine große Verantwortung für den Fortbestand unserer freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie", forderte Professorin Limbach abschließend auf.

ver.di-Vorsitzender **Frank Bsirske** ging in seiner kurzen Rückschau bis an die Wurzeln der heutigen dju in ver.di zurück. "Gemeinsam betrieblich agieren, gemeinsam die Kräfte für eine aktive Tarifpolitik nutzen, sich nicht abheben von den Kollegen im Betrieb, sondern ihre Erfahrung und ihren Rückhalt nutzen. Gemeinsam mit den Druckern, nicht mit den Verlegern." So beschrieb er das Selbstverständnis der dju, als vor 60 Jahren die Berufsgruppe Journalisten und Schriftsteller in der IG Druck und Papier gegründet wurde. Ziel war unter anderem die Beendigung des tariflosen Zustandes für die Journalisten. Nach jahrelanger Weigerung der Verleger, die dju als Verhandlungspartner anzuerkennen, gelang es 1966 auch mit der IG Druck und Papier den bis dato nur mit DAG und DJV abgeschlossenen Mantel- und Gehaltstarifvertrag zu vereinbaren. Der Tarifvertrag für arbeitnehmerähnliche Freie 1977,

die Streiks in 100 Redaktionen für die 40-Stunden und die 5-Tage-Woche 1980, die Forderungen nach der 35 Stunden-Woche 1982 bis 1990 sowie die Streiks und Aktionen bei den Tarifrunden 2003 / 2004 wurden nur als einige Meilensteine auf dem Weg zur Tarifdurchsetzung genannt. ... Die ver.di-Jahre der dju waren neben den Tarifikämpfen und dem Ringen um vernünftige Arbeitsbedingungen gekennzeichnet durch die Novellierung des Urheberrechts 2002, die langwierigen Verhandlungen bis zum Abschluss der ersten allgemeinen Vergütungsregeln für Online bis 2010 und die anschließende Fair Pay Kampagne, um diese Ergebnisse durchzusetzen. Die jährlich stattfindenden Journalistentage und die Entwicklung eines aktuellen Berufsbildes trugen nicht zuletzt der öffentlichen Debatte über die Rolle und die gesellschaftliche Aufgabe der Journalisten Rechnung. Bsirske begrüßte, dass die dju sich verstärkt und erfolgreich der Nachwuchsarbeit zuwende, so etwa mit der "Fuß fassen"-Tour an Hochschulen, in denen sie Ausbildungswege und Berufschancen debattiert. Das gebe frische Impulse für die nächsten 60 Jahre!

Aidan White, Generalsekretär der Internationalen Journalisten-Föderation (IJF) bezeichnete Gewerkschaften und Journalistenorganisationen als weltweite "Vorkämpfer für gesellschaftlichen Fortschritt und Demokratie". Die zwei deutschen Mitgliedsorganisationen dju und DJV seien stets starke und solidarische Partner im Ringen um Meinungs- und Medienfreiheit, deren Engagement von der Internationalen Journalistenföderation hoch geschätzt werde. White gratulierte der dju in ver.di zu ihrem 60. Jubiläum und versicherte die Unterstützung der internationalen Journalistengemeinschaft für die bevorstehenden harten Auseinandersetzungen.

Die „Besinnung auf das Kerngeschäft, zurück zur journalistischen Haltung“ forderte **Professor Dr. Volker Lilienthal**, Inhaber der Stiftungsprofessur für Qualitätsjournalismus an der Uni Hamburg in seinem Vortrag über "Kritik und Verantwortung im deutschen Journalismus". Haltung meine, so Lilienthal, „Recherchieren, Berichten und Kommentieren im Geiste radikaler Freiheit, aber auch der Verantwortung gegenüber schützenswerten Gütern wie zum Beispiel der Demokratie." Journalistische Haltung sei ein "haltbarer, wirklichkeitserprobter Nexus aus moralischen Grundsätzen, aber auch praktischen Kommunikationsprozessen und professionellen Kompetenzen"...

Bloßes Meinen genüge dabei nicht mehr, alles Publierte müsse "gut begründet sein, fundiert aus der Kraft der Recherche und restlos rational vorgetragen". Nur solche journalistische Kritik könne „kommunikative Autorität entfalten, mit der sich Betroffene und Verantwortliche auseinandersetzen müssen und die dem Publikum wirklich hilft bei der eigenen Meinungsbildung."

„Im Sinne einer konzertierten Aktion braucht es eine Selbstverständigung der Medienbranche auf die gemeinsamen Wertstandards“, resümiert Lilienthal. Gegen den Trend zur gesellschaftlichen Segmentierung, zur Verspartung der Interessen, zur Abschottung der kommunikativen Parallelwelten habe der Journalismus das Große und Ganze, das Gemeinwesen, die Interessen der Allgemeinheit im Auge zu behalten, für Integration zu sorgen. Das gelte, so der Professor, vor allem auch für die Online-Medien, um die jüngere Generation zu erreichen.